

## Zu den Beiträgen in diesem Heft

„Aus all den Erfahrungen (der letzten Tarifrunden, Red.) zog der IG-Metall-Vorstand Schlußfolgerungen, die sich kurz zusammenfassen lassen:

1. Im politischen und juristischen Kampf gegen die Aussperrung soll nicht nachgelassen werden ...
2. Tarifpolitik soll stärker mit Betriebsratspolitik verklammert werden, was fassende Information der Betriebsräte und Vertrauensleute durch die IG Metall und umgekehrt voraussetzt. Hierbei geht es um die konsequente Umsetzung tariflicher Erfolge in die betriebliche Realität. Damit gebe es – sowohl beim Lohnrahmentarifvertrag II in Baden-Württemberg wie auch bei den Arbeitszeitverkürzungen im Stahl-Bereich Schwierigkeiten.
3. Zur „Vergrößerung der Schlagkraft des herkömmlichen Instrumentariums“ möchte die IG Metall legal zu Warnstreiks aufrufen können ... Die von der IG Metall geforderte ersatzlose Streichung der Friedenspflicht stößt allerdings noch auf den Widerstand der Arbeitgeber ...
4. ... hält die IG Metall für geeignet, auch Solidaritätsstreiks außerhalb des eigentlichen Kampfgebietes als „brauchbares Instrument“ anzupeilen.
5. Die Zentralisierungsstrategie der Arbeitgeber will die IG Metall mit einer Koordinierung ihrer Politik beantworten ...“ (Auszüge aus einem Bericht der Frankfurter Rundschau v. 11. 5. 1979 über eine Klausurtagung des Vorstands der IG Metall)

Neue Phase der Gewerkschaftspolitik? Die Auszüge aus einem Bericht über eine Klausurtagung des Vorstands der IG Metall deuten zumindest eine wichtige Veränderung der Formen des gewerkschaftlichen Kampfes an: Neben der bewußteren Koordinierung der gewerkschaftlichen Aktivitäten und der angestrebten Verallgemeinerung von erst in einigen Branchen bzw. Bezirken durchgesetzten Forderungen geht es beim Kampf gegen die Folgen der Rationalisierung offenbar auch um eine verstärkte Einbeziehung der unmittelbaren Erfahrungen in den Betrieben. In den beiden ersten Beiträgen in diesem Heft der PROKLA wird auf einige dieser Erfahrungen in den letzten Tarifikämpfen Bezug genommen, indem Aspekte der Tarifauseinandersetzungen 1978 im Metall- und Druckbereich exemplarisch analysiert werden. *Chr. Watkinson, E. Hildebrandt* und *H. Funke* beziehen das gewerkschaftliche Tarifpolitik-Konzept gegen Abgruppierungen in Nordbaden/Nordwürttemberg 1978 auf die unmittelbaren Rationalisierungs-Erfahrungen der Belegschaften in den Betrieben. Dieser Bezug gewinnt für die „neue Phase“ insofern an Bedeutung, als sich in neuen Tarifkonzeptionen die aktuell betriebliche Gegenwehr gegen Rationalisierungen ausdrücken muß und gewerkschaftlich durchgesetzte Schutzbestimmungen nur mit breiter Unterstützung der Gewerkschaftsmitglieder durchsetzbar und in den betrieblichen Auseinandersetzungen ausfüllbar sind. *R. Erd* und *W. Müller-Jentsch* verbinden ihre Analyse der Tarifrunde 1978 der IG Druck und Papier mit einer historischen Skizze der Tarifpolitik im Druckbereich von den Anfängen gewerkschaftlicher Organisation bis zur letzten Tarifrunde 1978. Dadurch ist es ihnen möglich, die Besonderheiten und Probleme der Politik einer Gewerkschaft herauszuarbeiten, die sich stets als Interessenvertretungsorgan von Facharbeitern verstanden hat und sich jetzt mit den negativen Folgen der Rationalisierung gegenüber dem Facharbeiterstatus und der daraus resultierenden Notwendigkeit einer radikalen Infragestellung auseinandersetzen muß. Hinter den Veränderungen der Gewerkschaftspolitik (und der verschärften Klassenkampfpolitik des Kapitals, wie sie sich in den Streiks in der Stahlindustrie herauschälte) steht nicht zuletzt der Druck der industriellen Reservearmee, die – trotz zyklischem Wiederaufschwung – immer noch eine Million Arbeitslose umfaßt. Die Existenz einer solch hohen Zahl von Arbeitslosen wurde oft in Diskussionen der zweiten und dritten Internationale als Ausgangspunkt eines Politisierungsprozesses innerhalb der Arbeiterschaft behauptet. *A. Wacker* setzt sich in seinem Artikel mit dieser tradierten politischen Lernhypothese auseinander und zeigt anhand

der Darstellung historischer und aktueller Untersuchungen die Unhaltbarkeit einer solchen Erwartung auf. Der Gewerkschaftsschwerpunkt wird mit dem Diskussionsbeitrag von *K. Lauschke* abgeschlossen, der die in der Öffentlichkeit breit dokumentierte Kontroverse um die „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ (von F. Deppe u.a.) aufgreift. Diese Auseinandersetzung ist angesichts der darin angesprochenen wichtigen Thematik und angesichts der immer noch vorherrschenden Geschichtslosigkeit in den Gewerkschaften von großer Bedeutung – nur ist sie auch ein Lehrstück dafür, wie man aus der Geschichte nichts lernen kann, wenn kontroverse Positionen von vornherein in fraktionelle politische Kämpfe innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eingebettet sind und so die Diskussion um historische Fragen abgehoben nur noch Transportmittel der jeweilig eigenen Position in den Gewerkschaften ist – wobei der rechten Sozialdemokratie dann auch noch die Schiedsrichterschaft angedient wird. (Dabei ist uns allerdings immer noch schleierhaft, wieso z. B. die ÖTV ausgerechnet F. Vilmar als „kompetenten“ Gewerkschaftshistoriker die Leserbriefe ihrer Mitglieder zu dieser Diskussion zensieren läßt!) Lauschke versucht in seinem Beitrag auf den Hintergrund dieser Kontroverse in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit einzugehen, um dann in einem zweiten Teil am Beispiel des Ruhr-eisenstreits 1928 die möglichen politischen Lehren aus einer wissenschaftlichen Kontroverse für die Beurteilung der gewerkschaftlichen Politik heute zu ziehen.

Außerhalb der beiden Schwerpunkte veröffentlichen wir den Beitrag von *A. Kleinknecht*, der die Frage der Langen Wellen im Rahmen der Krisendiskussion wieder aufnimmt und auf Basis der neueren Innovationsforschung einen Erklärungsansatz zur Diskussion stellt.

Der Schwerpunkt „*Zur Entstehung des Stalinismus*“ thematisiert mit den Beiträgen von Reinhart Köbler und Walter Süß die für die Bestimmung des gesellschaftlichen Charakters der Sowjetunion zentrale Dimension der historischen Kontinuität des staatlichen Despotismus in diesem Land und seine historischen Ursachen. Nicht zuletzt durch Rudolf Bahros Alternative wurde die Erklärung des Stalinismus aus dem asiatischen Erbe des zaristischen Rußland wieder aktuell. Schon vor ihm hatte R. Dutschke in seinem Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, die Kategorie des asiatischen Kapitalismus zur Erklärung der sowjetischen Geschichte entwickelt, ohne daß sich daran eine ausführliche Debatte angeschlossen hätte. Der Beitrag von *R. Köbler* schließt diese Lücke, indem er gegenüber Dutschke als Historiker die Unhaltbarkeit der umstandlosen Anwendung der Kategorie der asiatischen Produktionsweise auf Rußland und damit aller sich in dieser Hinsicht auf einzelne Textstellen von Marx und Engels berufenden Analysen zu beweisen versucht. Sehr viel direkter greift dann *W. Süß* mit seinem Beitrag in die Diskussion ein, indem er gegenüber der Bahroschen Erklärung des Stalinismus als historisch notwendiger Modernisierungsdiktatur einer nachholenden Industrialisierung den Blick auf den konkreten politischen Entstehungsprozeß des stalinistischen Despotismus nach der Oktoberrevolution lenkt. Indem er die historischen Konstitutionsbedingungen der Bürokratisierung in der Sowjetunion analysiert und nicht immer schon als Resultat unterstellt, wird die Frage nach konkreten politischen Alternativen im Unterschied zu Bahro auch in dieser Phase stellbar. Mit dem Artikel von *A. Mohl* wird ein weiterer Diskussionsbeitrag zur Bahro-Debatte (vgl. dazu auch Prokla 31 und 32) veröffentlicht.

Der angekündigte Beitrag von *J. Baker* zur Diskussion um die internationale Gewerkschaftspolitik kann aus Platzgründen erst im nächsten Heft abgedruckt werden. Prokla Nr. 36 wird zum Schwerpunkt eine Diskussion zur „*Krise des Marxismus*“ haben; voraussichtlich mit Beiträgen von E. Altvater, B. Blanke, A. Mohl, D. Horster, M. Th. Greven, F. O. Wolf u.a.

*Redaktion Prokla*